DIE DEUTSCHEN BISCHÖFE

8

ZUR NOVELLIERUNG DES § 218

Empfehlungen für Seelsorger
und Religionslehrer

7. Mai 1976

Empfehlungen für Seelsorger und Religionslehrer nach der Änderung des § 218 StGB

Durch die Änderung des § 218 StGB kommen auf Seelsorger und Religionslehrer neue schwerwiegende Aufgaben zu. Die folgenden Empfehlungen sollen dazu dienen, ihnen zur Erfüllung dieser Aufgaben einige Hilfen an die Hand zu geben.

1. Ein wichtiges Anliegen in der Verkündigung ist es, Wert und Würde jedes menschlichen Lebens hervorzuheben. Es steht zu befürchten, daß es nach der Novellierung des § 218 und der Aufhebung des umfassende Schutzes für das ungeborene Leben zu einer Verunsicherung vieler kommt. Deshalb muß überzeugend dargelegt werden, daß und warum die neue Regelung das ethische Bewußtsein schwächt und die sittliche Ordnung gefährdet. Insbesondere gilt es, deutlich zu machen, daß die von der Gesetzesstrafe freigestellten Handlungen darum nicht zugleich auch sittlich gerechtfertigt sind.
2. Die Entscheidung für den Schutz des ungeborenen Lebens ist oft deshalb erschwert, weil der Achtung vor dem menschlichen Leben in der Erziehung vielfach nicht der notwendige Rang eingeräumt wird. Der Mensch muß in seinen Entwicklungsphasen lernen, absolute und relative Werte zu erkennen und entsprechend abzuwägen. Dazu bedarf es der Hilfe in der Familie, im Kindergarten, in der Schule, in den Jugend- und Familiengruppen, in den Verbänden und auch in der Gemeinde. Hier bestehen vielfältige Möglichkeiten für eine Erziehung zu sittlich verantworteter Elternschaft und zu einem tiefen Verständnis für das Lebensrecht aller Menschen. Auch die Verantwortung der Gemeinschaft, d. h. der Gruppen und der ganzen Gemeinde, für die Verwirklichung dieses Lebensrechtes ist zu stärken. Bei dieser Aufgabe können in Bildungsveranstaltungen und anderen geeigneten Zusammenkünften Ärzte, Sozialarbeiter und Eltern helfen. Die Seelsorgeämter werden die Seelsorger und Erzieher mit geeignetem Material unterstützen.
3. In Bildungsarbeit und Verkündigung wird es auch notwendig sein, eindringlich die Schwere der Sünde zu verdeutlichen, die alle Beteiligten durch den Schwangerschaftsabbruch auf sich nehmen. Der Vater des Kindes und die Eltern der Mutter machen sich schuldig, wenn sie diese unter Druck setzen. Schwere Schuld laden der Arzt und die Schwester, die den Schwangerschaftsabbruch vornehmen, sowie alle an einem Schwangerschaftsabbruch Beteiligten und die Mutter selbst auf sich. Aber auch alle diejenigen, die durch Unverständnis und Lieblosigkeit dazu beitragen, daß junge Frauen glauben, ihr Kind nicht annehmen zu können, verletzen Gottes Gebot.

Um die sittliche Verwerflichkeit und Sündhaftigkeit eines solchen Tuns bewußt zu machen, belegt die Kirche diejenigen, die eine Abtreibung vornehmen, anderen zu einer Abtreibung raten oder sich an einer sol-

chen beteiligen, mit der Strafe des Ausschlusses aus der sakramentalen Gemeinschaft.

Aber dennoch muß in der Seelsorge deutlich werden, daß die Brücke zu denjenigen nicht abgebrochen werden darf, die schuldig geworden sind. Die Betroffenen dürfen in den Gemeinden nicht ohne Hilfe gelassen werden.

4. Die Seelsorger müssen stetig darum bemüht sein, daß die Gemeinden sich ihrer Mitverantwortung für die Behebung von Notständen bewußt sind und so dazu beitragen, daß bei Frauen und Familien die Liebe zum Kind erhalten bleibt. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Pfarrgemeinderat und seinen Sachausschüssen sowie mit den katholischen Organisationen und Fachverbänden kann dabei wertvolle Hilfe geben.

Es ist dringend erforderlich, durch ein entsprechendes Klima der Offenheit und des Verständnisses gegenüber den Betroffenen, besonders gegenüber der nicht-ehelichen Mutter, soziale Hilfe möglich und auch annehmbar zu machen. Tatkräftige Unterstützung ist notwendig. Sie kann z. B. geschehen durch Vermittlung von geeigneten Wohnmöglichkeiten für alleinerziehende Mütter und ihre Kinder, durch Wohnungsbeschaffung für junge oder für kinderreiche Familien, durch Entlastung der vielfach überbelasteten Mütter und dergleichen. Dabei sind alle Kontaktmöglichkeiten in der Gemeinde (Besuchsdienste, Helfergruppen usw.) in Anspruch zu nehmen.

5. In vielen Fällen wird die Konfliktsituation so vielschichtig und ernst sein, daß über die Grunddienste der Gemeinde hinaus fachliche Hilfe unerlässlich ist. Dabei kommen in erster Linie die katholischen Beratungsstellen in Betracht. Alle Kontaktpersonen sollten mit den Beratungsstellen zusammenarbeiten und gegebenenfalls Ratsuchende an diese weiterleiten.
6. Der Deutsche Caritasverband hat ein Verzeichnis katholischer Beratungsstellen für das Bundesgebiet herausgegeben. Außerdem sind bei ihm entsprechende Faltblätter, Broschüren usw. zu erhalten, die Informationen darüber geben, welche Hilfen diese katholischen Beratungsstellen bieten, z. B.:
 - Konfliktberatung
 - Bereitstellen und Vermitteln von sozialen und wirtschaftlichen Hilfen in der Konfliktsituation
 - Vermittlung von Pflegestellen, Adoptionsstellen, Mutter-Kind-Heimen und so weiter
 - Langfristige Beratung und Vermittlung von beruflichen Hilfen
 - Beratung und Hilfe zur verantworteten Elternschaft.
7. Die Seelsorger sollen mit dem Pfarrgemeinderat, den Organisationen, Fachverbänden und Beratungsstellen zusammen überlegen, wie der per-

sönliche Kontakt zu Ärzten und Apothekern hergestellt und gepflegt werden kann, da diese in vielen Fällen die Frauen zum Aufsuchen einer katholischen Beratungsstelle motivieren können. Auch ein intensiver Kontakt der Seelsorger mit allen in der Gemeinde gelegenen Krankenhäusern ist von großer pastoraler Bedeutung.

8. Zu den Aufgaben des Seelsorgers gehört es auch, Ärzte, Krankenschwestern und andere medizinische Fachkräfte darauf hinzuweisen, daß ihnen die Diözese bzw. zentrale kirchliche Stellen Beratung und Rechts-hilfe gewähren, wenn sie wegen der Weigerung, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, finanzielle oder berufliche Nachteile zu befürchten haben.
9. Die Seelsorger mögen in Verbindung mit dem Pfarrgemeinderat und den kirchlichen Gruppen und Verbänden ständig für eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit sorgen. Dazu gehört die Bereitstellung des oben erwähnten Materials für alle Kontaktpersonen wie Ärzte, Lehrer (besonders Berufsschullehrer), Apotheker, Krankenschwestern, Familienpflegehelferinnen und Dorfhelferinnen. Entsprechende Plakate mit Hinweis auf die nächsten Beratungsstellen sollten im Schaukasten, in der Kirche oder im Pfarrheim angebracht werden.

Bonn, den 7. Mai 1976